

Protokoll
zur 95. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)

Sitzungstag:	Beginn:	Ende:	Sitzungsort:
29. Januar 2021	13:30 Uhr	16:00 Uhr	Onlinesitzung
Teilnehmende:			
s. Anlage 1			

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Frau Dr. Porombka begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung des LAWB in der laufenden Amtsperiode. Sie informiert, dass die heutige Sitzung nur als Audio-Konferenz stattfinde, weil es technische Probleme mit der Videoübertragung gebe.

Frau Mausolf gibt technische Hinweise zur Sitzung und erklärt, dass die Beschlussvorlagen im Nachgang zur Sitzung im Umlaufverfahren per E-Mail abgestimmt werden.

Frau Dr. Porombka führt aus, dass es den Wunsch gebe, sich zur aktuellen Situation in der Weiterbildung auszutauschen. Sie schlägt vor, nach TOP 6 einen neuen TOP mit einem kurzen Blitzlicht zur aktuellen Corona-Situation einzufügen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 94. Sitzung vom 11. September 2020

Beschluss:

Das Protokoll der 94. Sitzung vom 11. September 2020 wird einstimmig beschlossen.

TOP 3 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse

Frau Dr. Porombka berichtet kurz, dass keine Sitzungen des erweiterten Vorsitzes stattgefunden hätten. In ihrer Funktion als Vorsitzende stehe sie immer in Kontakt zur geschäftsführenden Stelle des LAWB, um regelmäßig Abstimmungen hinsichtlich der Sitzung oder anderer Formalitäten vorzunehmen.

Herr Niermann schildert, dass der Unterausschuss 1 „Förderungsausschuss“ im Dezember getagt habe und dort u. a. die Mittelverteilung für das Jahr 2021 beraten habe. Die Mittelverteilung werde dem LAWB zu einem späteren Zeitpunkt in der Sitzung noch zur Abstimmung vorgelegt. Weitere Themen des Unterausschusses 1 würden im Rahmen der Bilanzierung der Arbeit der Unterausschüsse unter TOP 5 aufgerufen werden.

Frau Schemel bewertet die Arbeit des Unterausschusses 2 für Fragen der Qualitätssicherung als positiv. Für einen ausführlicheren Bericht zu den Arbeitsschwerpunkten verweist sie ebenfalls auf TOP 5.

Frau Dr. Tobisch führt aus, dass der Unterausschuss 3 für Grundsatzfragen und Innovationen sich in seiner letzten Sitzung am 13. November 2020 schwerpunktmäßig mit der Bilanzierung der auslaufenden Amtsperiode befasst habe, die heute zu einem späteren Zeitpunkt aufgerufen werde.

TOP 4 Anerkennung von Einrichtungen nach dem WBG

Frau Mausolf übernimmt die Sitzungsleitung zu diesem TOP.

Hier: Wiederholungsgutachten für die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. (Vorlage L 288/21)

Frau Ebeling schildert, die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremen e.V. habe fristgerecht einen Antrag auf Verlängerung der Anerkennung gestellt und die erforderlichen Unterlagen bei der Senatorin für Kinder und Bildung eingereicht. Die Prüfung der Senatorin für Kinder und Bildung sei zu einem positiven Ergebnis gekommen. Es werde vorgeschlagen, die Anerkennung für weitere drei Jahre zu verlängern.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, der Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere drei Jahre auszusprechen.

Hier: Wiederholungsgutachten für die Volkshochschule Bremerhaven (Vorlage L 289/21)

Frau Ebeling erläutert, auch der Antrag der Volkshochschule Bremerhaven zur Verlängerung der Anerkennung sei fristgerecht und mit den erforderlichen Unterlagen bei der Senatorin für Kinder und Bildung eingereicht worden. Die Prüfung der Senatorin für Kinder und Bildung sei zu einem positiven Ergebnis gekommen. Es werde vorgeschlagen, die Anerkennung für weitere drei Jahre zu verlängern.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, der Volkshochschule Bremerhaven die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere drei Jahre auszusprechen.

Hinweis: Den Vorlagen L 288/21 und L 289/21 wurde im Umlaufverfahren zugestimmt (Versand mit E-Mail vom 29. Januar 2021, Rückmeldefrist: 5. Februar 2021).

TOP 5 Rückblick auf die Schwerpunkte des LAWB in der Amtsperiode 2018 – 2021

Frau Dr. Porombka erklärt, man wolle diese letzte Sitzung der Amtsperiode nutzen, um über die Arbeit der vergangenen drei Jahre Bilanz zu ziehen. Dazu habe Sie eine Vorlage erstellt, die dem LAWB im Vorfeld der Sitzung zugegangen sei (s. „Kurze Bilanz der Vorsitzenden des Landesausschusses für Weiterbildung zur Amtsperiode 2018 – 2021“). Im Vergleich zur vorherigen Amtsperiode habe es einige Neuerungen gegeben. Wesentlich sei dabei die durch die WBG-Novellierung aus dem Jahr 2017 festgelegte Neustrukturierung der Arbeit des LAWB mit seinen drei ständigen Unterausschüssen. Die Amtsperiode sei durch eine hohe Fluktuation und einen Generationenwechsel in den Weiterbildungseinrichtungen geprägt gewesen. Sie berichtet weiter, dass im LAWB neue Austauschformate geschaffen worden seien. So habe man auf eine breite Berichterstattung zur Weiterbildung gesetzt, z. B. durch die mit Weiterbildung befassten Ressorts oder auch durch die Agentur für Arbeit sowie die AG Sprache. Weiterhin sei man in den Dialog mit der Politik eingetreten, u. a. durch ein Gespräch mit den bildungspolitischen Sprecher:innen der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft. Frau Dr. Porombka sieht den LAWB hier auf einem guten Weg. Insgesamt könne sich der Ausschuss noch besser vernetzen.

Frau Acerra stellt die Arbeit des Unterausschusses 1 vor und gibt einen Ausblick auf mögliche Arbeitsschwerpunkte für die nächste Amtsperiode (s. Vorlage L 290/21).

Frau Dr. Porombka ergänzt, dass im Unterausschuss 1 viele neue Mitglieder gewesen seien. Daher sei es notwendig gewesen, dort noch einmal eine Einführung in die komplexe Fördersystematik zu geben.

Frau Acerra erklärt auf Nachfrage, dass sie jederzeit als Ansprechpartner:in für Fragen rund um die Fördersystematik zur Verfügung stehe.

Frau Mausolf informiert, dass Frau Kühn heute verhindert sei. Sie übernehme daher die Berichterstattung zum Unterausschuss 2 (s. Vorlage L 290/21). Hierzu erfolgen keine weiteren Wortmeldungen der Anwesenden.

Frau Dr. Porombka macht darauf aufmerksam, dass der Unterausschuss 3 das umfassendste Arbeitsprogramm gehabt hätte. Es sei beeindruckend, dass es geschafft worden sei, alle Themengebiete abzuarbeiten und sogar noch ergänzende Themen aufzunehmen.

Herr Leiser präsentiert die Arbeit des Unterausschusses 3 und zeigt mögliche Themenschwerpunkt für die neue Amtsperiode auf (Vorlage L 290/21).

Frau Kettler dankt Herrn Leiser für die Zusammenstellung und dem Unterausschuss 3 für die gute Zusammenarbeit. Sie betont, dass das Thema „Bildungsberatung“ im Unterausschuss 3 zwar abgeschlossen sei, aber in der täglichen Arbeit der Agentur für Arbeit vor Ort natürlich weiterhin eine große Rolle spiele.

Frau Dr. Porombka erkundigt sich, was konkret damit gemeint sei, anlassbezogen Expert:innen für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit als Gäste hinzuziehen zu wollen.

Herr Leiser führt aus, dass im Unterausschuss keine Expertise für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit vorhanden sei. Deswegen gebe es den Vorschlag, zu diesem Thema Expert:innen hinzuzuziehen.

Frau Kettler berichtet, dass die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit einen Stab für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit habe. Diese Expertise könne für den Unterausschuss gern anlassbezogen zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dr. Porombka dankt Frau Kettler für dieses Angebot. Die Vorstellung eines Arbeitsschwerpunktes des Unterausschusses 3 stehe noch aus und zwar der Bericht zur Demokratiebildung. Sie bittet darum, diesen vorzustellen.

Frau Dr. Tobisch führt aus, dass der Unterausschuss 3 sich in drei Sitzungen mit dem Thema „Demokratiebildung“ auseinandergesetzt und dieses aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet habe. Neben der Sicht der Weiterbildungseinrichtungen, wozu Herr Ebert von der Bremer Volkshochschule referiert habe, habe es Vorträge von Herrn Prof. Dr. Klee, Direktor des Zentrums für Arbeit und Politik (ZAP), und von Herrn Dr. Köcher, Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung, gegeben. Im Ergebnis sei der Bericht zur Demokratiebildung entstanden, der im Unterausschuss 3 im November beraten wurde. Frau Dr. Tobisch stellt den Bericht kurz vor. Sie betont, dass das Thema längst nicht abgeschlossen sei und der Unterausschuss 3 sich der Thematik auch künftig unter verschiedenen Fragestellungen widmen wolle.

Frau Dr. Porombka weist darauf hin, dass sich durch die Corona-Pandemie noch einmal neue Herausforderungen ergeben hätten. Sie verweist darauf, dass die aufsuchende politische Bildungsarbeit als Baustein der Demokratiebildung aufgeführt werde. Hier komme die Digitalisierung an ihre Grenzen.

Herr Tanneberg dankt dem Unterausschuss 3 für die geleistete Arbeit. Er halte es für notwendig, dass in den Unterausschuss weitere Expert:innen eingeladen werden, um die gesamte Bandbreite der Perspektiven zur Demokratiebildung/politischen Bildung abzudecken.

Frau Dr. Porombka berichtet, dass es neben der Arbeit in den Unterausschüssen auch Workshops gegeben habe, die aus dem LAWB initiiert worden seien. Darüber hinaus habe sich der LAWB mit Unterstützung der damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Frau Dr. Schoefer intensiv mit dem Thema „Digitalisierung“ auseinandergesetzt. Dazu habe es einen umfangreichen Workshop gegeben und der LAWB sei mit Frau Senatorin Dr. Bogedan in einen Austausch gekommen. Sie erklärt abschließend, dass diese Amtsperiode gezeigt habe, dass sich die neue Arbeitsstruktur bewährt habe und daher weiter fortgesetzt werden solle (s. Vorlage „Kurze Bilanz der Vorsitzenden des Landesausschusses für Weiterbildung zur Amtsperiode 2018 – 2021“).

TOP 6 Mittelverteilung (Vorlage L 292/21)

Frau Acerra stellt die Vorlage vor.

Es erfolgen zu diesem TOP keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung schließt sich der Empfehlung des Unterausschusses 1 (Förderungsausschuss) bei drei Enthaltungen an und stimmt der Verteilung gemäß der beigefügten Anlage für das Haushaltsjahr 2021 zu.

Hinweis: Der Vorlage L 292/21 wurde im Umlaufverfahren zugestimmt (Versand mit E-Mail vom 29. Januar 2021, Rückmeldefrist: 5. Februar 2021).

TOP 7 (neu) Blitzlicht zur Corona-Pandemie

Frau Dr. Porombka führt in die Thematik ein und verweist auf den gerade erschienenen Monitoringbericht des BIBB und des DIE, der die Situation der Weiterbildung zum Lockdown im vergangenen Frühjahr beleuchte. Es werde deutlich, dass die Weiterbildungsbranche schwer getroffen sei. Sie erkundigt sich, wie es aktuell bei den Weiterbildungseinrichtungen aussehe und ob sie die Unterstützung durch das Digitalisierungspaket für sinnvoll hielten.

Frau Mausolf schildert die Situation für die Ressorts. Man befinde sich in einem ständigen Aushandeln und Austarieren, so viel Bildung wie möglich und gleichzeitig so viel Sicherheit wie nötig anzubieten. Sie macht auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Ressorts aufmerksam. Während das Bildungsressorts für die anerkannten Weiterbildungseinrichtungen nach dem WBG zuständig sei, gebe es noch zahlreiche andere Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Fahrschulen, Fachschule für Altenpflege). Die Interessen seien unterschiedlich und es sei nicht immer möglich, für alle die beste Lösung zu finden.

Herr Gotthelf wünscht sich eine Rückmeldung zur aktuellen Lage in der Weiterbildung mit konkreten Zahlen. Aus Gesprächen wisse er, dass bundesweit einige Einrichtungen bereits insolvent seien, wenn es z. B. nicht die Möglichkeit gebe, von einem Träger unterstützt zu werden.

Frau Leinfelder erklärt, dass es für die Einrichtungen eine große Herausforderung sei, die getroffenen Regelungen immer kurzfristig umzusetzen. Es würde helfen, frühzeitig informiert zu werden.

Herr Rigterink hält das Digitalisierungspaket für hilfreich. Er macht darauf aufmerksam, dass die HandWERK gGmbH einen großen Rückgang an SGB II- und III-Kund:innen verzeichne. Die Änderungen der Corona-Verordnung führten dazu, dass die Programme ständig angepasst werden müssten und dies häufig sogar über das Wochenende. Dies sei kaum leistbar.

Herr Niermann führt aus, dass viele Angebote außerhalb Bremens (z. B. in Tagungshäusern) stattfänden. Das führe häufig zu Schwierigkeiten, zum einen, weil die Einrichtungen teilweise sehr kurzfristig vom Tagungshaus die Aussage erhielten, dass die Veranstaltung nicht durchgeführt werden dürfe oder, zum anderen, weil die Teilnehmenden aufgrund der aktuellen Situation das Angebot kurzfristig nicht wahrnehmen möchten. So lange es aber kein offizielles

Verbot für Weiterbildungsveranstaltungen gebe, sei es für die Teilnehmenden nicht so einfach möglich, kurzfristig nicht teilzunehmen, weil sie dann auf ihren Kosten sitzen blieben. Die Einrichtungen seien selber dafür verantwortlich, die Corona-Verordnung des jeweiligen Bundeslandes auf die aktuell geltenden Regelungen hin zu überprüfen – die Aussage eines Tagungshauses sei im Falle eines Rechtsstreits unerheblich. Er sei einerseits froh, dass Angebote in Präsenz möglich seien, merke aber andererseits, dass dies zu Verunsicherungen bei den Dozent:innen und Teilnehmenden führe, weil die gesellschaftliche Situation anders eingeschätzt werde. Herr Niermann macht darauf aufmerksam, dass die Situation insbesondere für kleine Weiterbildungseinrichtungen, die keinen großen Träger hinter sich hätten, existenzbedrohend sei. Er berichtet, dass das Evangelische Bildungswerk im letzten Jahr zwar die gleiche Anzahl an Veranstaltungen wie in den Vorjahren durchgeführt habe, allerdings mit geringerer Unterrichtszahl. Daher könne es Probleme mit dem Anspruch auf WBG-Förderung geben.

Frau Weber bestätigt, dass die Teilnehmenden irritiert seien, wenn es Präsenzangebote in den Einrichtungen gebe, aber gleichzeitig die Kontaktdichte reduziert werden solle. Der Wechsel zwischen Online- und Präsenzangeboten laufe gut, sei aber herausfordernd.

Frau Simonowsky stimmt zu, dass die ständigen Nach- und Umplanungen schwierig seien. Die Regelung in der WBG-Verordnung zur reduzierten Teilnehmendenzahl müsse verlängert werden, weil die Pandemie sicher noch länger dauern werde. Der Anschub durch das Digitalpaket sei zwar hilfreich, die Umsetzung der neuen Formate sei hingegen langwierig. Reine Online-Formate seien in der politischen Bildung schwierig und es bestehe nach wie vor die Nachfrage nach Präsenzangeboten. Es brauche für Online-Angebote auch eine geeignete Plattform, damit die Teilnehmenden auf die Unterrichtsmaterialien zugreifen könnten. Dies lohne sich für kleine Einrichtungen nicht.

Frau Dr. Porombka schließt sich den Wortbeiträgen an. Das ständige Krisenmanagement und Umstrukturieren des Kursangebots seien aufwändig. Digitalisierung bedeute nicht automatisch, dass der Zeitaufwand geringer sei. Gerade in der Anfangszeit seien für die Neukonzeption der Angebote höhere Ressourcen erforderlich. Die Übertragung auf Online-Formate sei nicht überall sinnvoll, sondern müsse immer im Einzelfall geprüft werden.

Frau Mausolf erklärt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung alles versuchen werde, um den Weiterbildungseinrichtungen in dieser schwierigen Zeit die bestmögliche Unterstützung zu bieten.

Herr Niermann betont, dass er es in den letzten Monaten positiv erlebt habe, dass das Ressorts so gut wie möglich unterstützt habe. Die Absenkung der Teilnehmendenzahl auf fünf Personen sei einerseits hilfreich, weil man Veranstaltungen durchführen könne, andererseits generiere das nur fünf Teilnehmendenbeiträge, was nicht wirtschaftlich sei. Er schlägt vor, dies noch einmal in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

TOP 8 Bericht des Kulturressorts

Frau Hasenjäger stellt die Aktivitäten des Kulturressorts im Weiterbildungsbereich dar (s. Anlage 2).

Frau Dr. Porombka weist darauf hin, dass das Kulturressorts in der Weiterbildung breit aufgestellt sei; so seien dort neben der Bremer Volkshochschule auch die Stadtbibliothek oder Museen verankert. Sie schlägt vor, dies in einer der nächsten Sitzungen noch einmal in den Blick zu nehmen.

Herr Gotthelf erläutert, dass die Dozent:innen sich auch nach der Anhebung des Honorarsatzes von 23 auf 25 Euro in einer prekären Beschäftigung befänden. Zudem sei diese Erhöhung erst ein Jahr nach dem Beschluss zum Tragen gekommen. Bei der Bremer Volkshochschule seien Dozent:innen häufig bereits in arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnissen. Zusätzlich erhielten die arbeitnehmerähnlich Beschäftigten Zuschüsse zu den Beiträgen für die Sozialversicherungen und es gebe großzügige Regelungen beim Honorarausfall. Diese Sonderrechte, die Herr Gotthelf nicht in Frage stelle, seien durch zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Kommune Bremen finanziert. Die VHS habe damit eine Sonderstellung und es gebe keine Gleichbehandlung der Träger. Herr Gotthelf fragt nach dem Grund für dieses Vorgehen.

Frau Hasenjäger erklärt, dass die erhöhten Honorarsätze rückwirkend für das Jahr 2020 ausgeglichen worden seien. Die Vorlage für den Senat, auf die der Beschluss zu den Ausfallhonoraren zurückgehe, sei keine Vorlage des Senators für Kultur gewesen. Alle Ressorts seien aufgerufen gewesen, ihre Bedarfe anzumelden.

Herr Gotthelf bittet um Prüfung, weshalb die Senatorin für Kinder und Bildung hier keine Mittel für die Weiterbildung angemeldet hätte.

Frau Mausolf macht darauf aufmerksam, dass sie nicht für die gesamte Weiterbildungslandschaft sprechen könne. Hier gebe es unterschiedliche Zuständigkeiten. Die Senatorin für Kinder und Bildung sei für die Förderung der nach dem WBG anerkannten Weiterbildungseinrichtungen zuständig.

Frau Leinfelder bestätigt, dass die Schere bei der Höhe der Honorare für Dozent:innen weit auseinandergehe. Für Integrationskurse sei der Dozent:innensatz gerade von 35 auf 41 Euro abgehoben worden. Für alle anderen Angebote könne man dies nicht zahlen.

TOP 9 Bundespolitisches – Bericht der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

Frau Kettler informiert, dass die Beratungen im SGB II- und III-Bereich stattfänden, bei Bedarf auch persönlich. In der Weiterbildungsberatung gebe es derzeit nur telefonische oder Online-Beratungen. Sie berichtet weiter, dass der geplante Termin des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Herrn Pfeiffer, mit Frau Senatorin Dr. Bogedan im Dezember leider habe verschoben werden müssen. Das Gespräch mit Frau Senatorin Voigt habe wie geplant stattgefunden und

man habe sich zur Innovationsstrategie 2035 ausgetauscht. Frau Kettler berichtet, dass im Januar die Weiterbildungsberatung im Erwerbsleben mit zwei geschulten Teams in Bremen habe starten sollen. Coronabedingt habe dies verschoben werden müssen. Der Start sei nun für März geplant und werde dann öffentlich beworben. Frau Kettler führt weiter aus, dass es ein neues Gesetz geben wird, dass das Kurzarbeitergeld und die Weiterbildung koppeln solle. Dies wolle man ebenfalls mit einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit bewerben.

TOP 10 Verschiedenes

Frau Mausolf verweist auf die Abstimmung der Vorlagen, die im Nachgang zur Sitzung durchgeführt werden solle, und schlägt vor, die Vorlagen zu den beiden Anerkennungen (Vorlagen L 288/21 und L 289/21) sowie die Vorlage zur Mittelverteilung für das Jahr 2021 (Vorlage L 292/21) in den Umlauf zu geben. Die anderen Vorlagen, die in der heutigen Sitzung aufgerufen worden seien, seien nur zur Kenntnisnahme gewesen, so dass aus ihrer Sicht keine Abstimmung im Nachgang notwendig sei. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden befürwortet.

Frau Heibült bittet um einen Sachstandsbericht zur Fachstelle Alphabetisierung in Bremen. Sie habe gehört, dass es diese seit Ende des letzten Jahres nicht mehr gebe.

Frau Mausolf sagt zu, dass Frau Kühn in der nächsten Sitzung zum aktuellen Sachstand berichten könne.

Herr Gotthelf erkundigt sich nach den Sitzungsterminen des LAWB und der Unterausschüsse in der neuen Amtsperiode.

Frau Acerra informiert, dass für die neue Amtsperiode folgende Termine für konstituierende Sitzungen vorgesehen seien:

- LAWB: 5. März 2021 ab 9:30 Uhr
- Unterausschuss 1: 26. März 2021 ab 9:30 Uhr
- Unterausschuss 2: 19. März 2021 ab 9:30 Uhr
- Unterausschuss 3: 16. April 2021 ab 9:30 Uhr

Sie gehe derzeit davon aus, dass alle konstituierenden Sitzungen als Videokonferenz stattfinden.

Frau Dr. Porombka bedankt sich bei den Teilnehmenden für ihre Beiträge und die Arbeit in der abgelaufenen Amtsperiode. Sie informiert, dass einige Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in der kommenden Amtsperiode nicht mehr im LAWB mitwirken würden. Sie hätte gern die Gelegenheit genutzt, sich persönlich bei den ausscheidenden Personen zu verabschieden, was aber aufgrund der aktuellen Situation nicht möglich sei. Sie dankt insbesondere Frau Dr. Tobisch, die die wisoak als Geschäftsführung verlasse und nicht mehr für den LAWB zur Verfügung stehe, für ihre geleistete Arbeit im Unterausschuss 3 und im erweiterten Vorsitz.

Weitere Wortbeiträge erfolgen nicht und Frau Dr. Porombka beendet die Sitzung.

Bremen, den 17. Februar 2021

gez.

Frau Dr. Porombka

(Vorsitzende LAWB)

gez.

Carmen Runge

(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Präsentation „Bericht des Kulturressorts“

Anwesenheitsliste für die 95. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 29. Januar 2021

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	E-Mail-Adresse	Stellvertretung	Unterschrift	E-Mail-Adresse
	§ 9 (3) 1	Anerkannte WB-Einrichtungen					
1.		Michael Noetzelmann (Akademie des Handwerks e. V.)	<i>anwesend</i>	noetzelmann@btz-bremerhaven.de	Petra Simonowsky (Arbeit und Leben Bremerhaven e. V.)	<i>anwesend</i>	petra.simonowsky@arbeitundleben-bhv.de
2.		Angela Weber (Berufsbildungswerk – Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH)	<i>anwesend</i>	Weber.Angela@bfw.de	Sven Elson (Deutsche Angestellten-Akademie Bremen GmbH)	<i>anwesend</i>	sven.elson@daa-bremen.de
3.		Kathrin Ebert (Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet e. V.)	<i>anwesend</i>	ebert@bwu-bremen.de	Gudrun Schemel (ibs – Institut für Berufs- und Sozialpädagogik gGmbH)	<i>anwesend</i>	g.schemel@ibs-bremen.de
4.		Dieter Niermann (Ev. Bildungswerk Bremen)	<i>anwesend</i>	dieter.niermann@kirche-bremen.de	Jens Tanneberg (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben [DGB/VHS] e.V. Bremen)	<i>anwesend</i>	j.tanneberg@aulbremen.de
5.		Dr. Nadine Tobisch (Wirtschafts- und Sozialakademie d. Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH)	<i>anwesend</i>	n.tobisch@wisoak.de	Rosi Leinfelder (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e. V.)	<i>anwesend</i>	rleinfelder@pbwbremen.de
	§ 9 (3) 2	Hochschulen					
6.		Prof. Dr. Andreas Klee (Universität Bremen)		aklee@uni-bremen.de	Dr. Petra Boxler (Universität Bremen)	<i>anwesend</i>	boxler@uni-bremen.de
7.		N.N.			Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)		gabriele.witter@hs-bremen.de
8.		Prof. Dr. Gerhard Feldmeier (Hochschule Brh.)	<i>anwesend</i>	gfeldmeier@hs-bremerhaven.de	Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)		gabriele.witter@hs-bremen.de
	§ 9 (3) 3	Schulen					
9.		Tobias Weigelt (SKB)		tobias.weigelt@bildung.bremen.de	Anne-Kerstin Arnold (SKB)		anne.kerstin.arnold@bildung.bremen.de

Anwesenheitsliste für die 95. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 29. Januar 2021

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	E-Mail-Adresse	Stellvertretung	Unterschrift	E-Mail-Adresse
10.		Stephan Rademacher (Magistrat Bremerhaven)		stephan.rademacher@magistrat.bremerhaven.de	Swantje Hüsken (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		swantje.huesken@magistrat.bremerhaven.de
	§ 9 (3) 4	Betriebliche Weiterbildung					
11.		Michael Zeimet (Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven)	<i>entschuldigt</i>	zeimet@handelskammer-bremen.de	Jens Rigterink (Handwerkskammer Bremen)	<i>anwesend</i>	rigterink.jens@handwerkskammer.de
12.		Cora Schwittling (Daimler Bremen)	<i>anwesend</i>	cora.schwittling@daimler.com	Jessica Heibült (Arbeitnehmerkammer Bremen)	<i>anwesend</i>	heibuelt@arbeitnehmerkammer.de
	§ 9 (3) 5	Nicht anerkannte WB-Einrichtungen					
13.		Marita Ronge (Förderungsgesellschaft für Bildung mbH)	<i>anwesend</i>	info-bremen@bzfoeg.de	Jan Meyer (IT Bildungshaus)	<i>anwesend</i>	jan.meyer@hec.de
14.		Ronald Gotthelf (Freiberufl. Trainer der politischen Erwachsenenbildung)	<i>anwesend</i>	ronald.gotthelf@uni-bremen.de	Reiner Krebs (IBB – Institut für Berufliche Bildung AG)	<i>anwesend</i>	reiner.krebs@ibb.com
	§ 9 (3) 6	Ressorts					
15.		Heidemarie Mahlmann (SF)	<i>entschuldigt</i>	heidemarie.mahlmann@finanzen.bremen.de	Volker Hohenkamp (SF)		volker.Hohenkamp@finanzen.bremen.de
16.		N.N.			Michael Lenhart (SJIS)		michael.lenhart@soziales.bremen.de
17.		Dr. Jessica Blings (SWAE)	<i>anwesend</i>	jessica.blings@wah.bremen.de	Fred Oehlkers (SWAE)		Fred.Oehlkers@wuh.bremen.de
18.		Ina Mausolf (SKB)	<i>anwesend</i>	ina.mausolf@bildung.bremen.de	Angela Acerra (SKB)	<i>anwesend</i>	angela.acerra@bildung.bremen.de
19.		Dr. Beate Porombka (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	<i>anwesend</i>	beate.porombka@vhs-bremerhaven.de	Kay Kurkowski (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		kay.kurkowski@vhs-bremerhaven.de

Anwesenheitsliste für die 95. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 29. Januar 2021

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	E-Mail-Adresse	Stellvertretung	Unterschrift	E-Mail-Adresse
	§ 9 (3) 7	Regionaldirektion NS-HB der Bundesagentur für Arbeit					
20.		Sabine Kettler (Regionaldirektion NS-HB)	<i>anwesend</i>	sabine.kettler @ar-beitsagentur.de	N.N.		

Weitere Teilnehmer/-innen

Name und Institution	Unterschrift
Birgit Bergmann (Fraktion der FDP der Bremischen Bürgerschaft)	
Sabine Ebeling (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
Dagmar Klich (Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa)	
Philipp Leiser (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
Katja Moede-Nolting (Fraktion der FDP der Bremischen Bürgerschaft)	
Susanne Nolte (Bremer VHS)	
Regina Schmid Martinsclub e.V.	

95. Sitzung des LAWB

am 29.01.2021

Bericht des Kulturressorts

Strategie des Kulturressorts

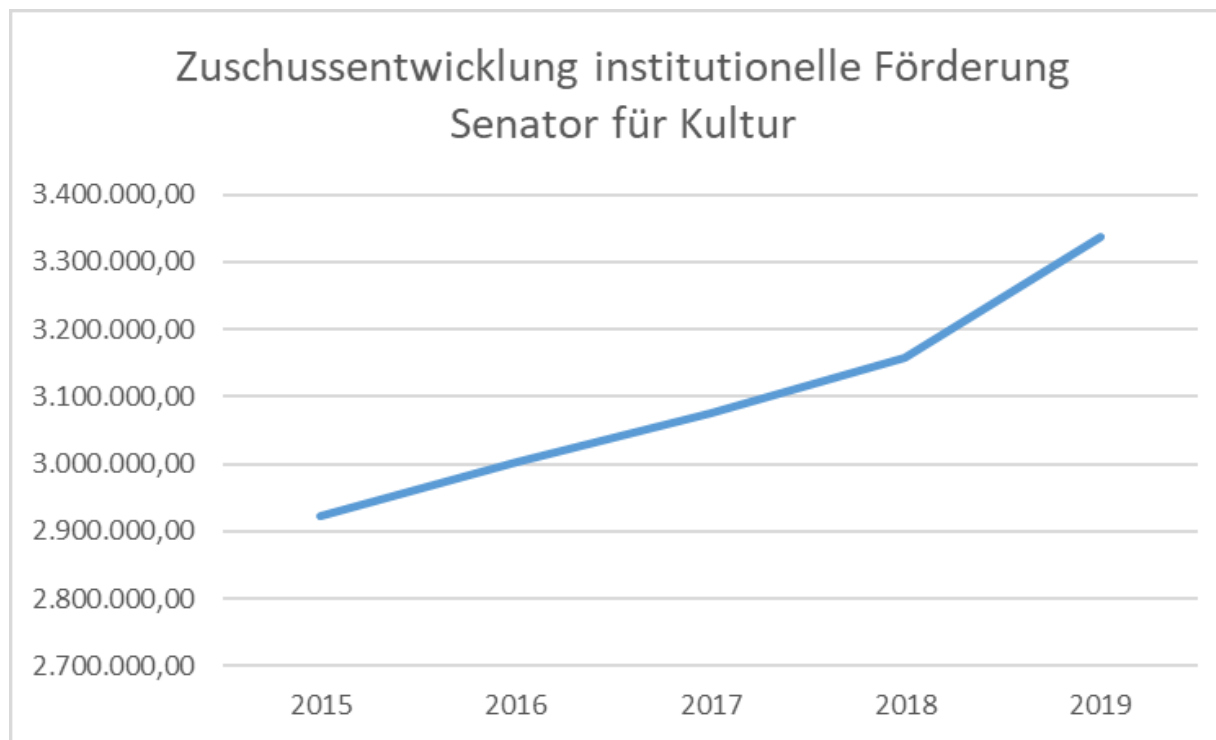


Verlässliche Kulturförderung



Abbau prekärer Beschäftigung

Die kommunale FÖRDERUNG der Bremer Volkshochschule durch die Stadtgemeinde Bremen



Die RAHMENVEREINBARUNG für Dozentinnen und Dozenten der Bremer Volkshochschule

Unterzeichnet durch Bgm. Sieling, KLR
der Honorardozent*innen sowie GEW im
Januar 2019



Senatsbeschluss über Abbau prekärer
Beschäftigung im Nov 2020

645 TEUR

- Anhebung Honorarsatz von 23 auf 25€
- Sozialversicherungszuschüsse für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen
- Urlaubsentgeltanspruch für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!